

**Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration**  
(113. - öffentliche - Sitzung am 8. Dezember 2016)

**Beratungsthemen:**

1. **Tätigkeitsbericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung gemäß § 30 Abs. 7 des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke**

Unterrichtung durch den Landtagspräsidenten - [Drs. 17/6133](#)

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion bat er die Landesregierung, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über ihre Reaktionen auf Vorwürfe in Bezug auf ein Klinikum in Hildesheim, über die Steuerung des Baus von Heimen für psychiatrisch Erkrankte, über die Unterbringung von Personen, die aufgrund der Verhältnismäßigkeit aus dem Maßregelvollzug entlassen werden müssen, sowie über die Umsetzung des Landespsychiatrieplans zu unterrichten.*

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses am 7. Dezember 2016**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Pädophilen-Projekte an der Medizinischen Hochschule Hannover und Universitätsmedizin Göttingen sowie des Präventionsprojekts gegen Vergewaltigungen an der Medizinischen Hochschule Hannover**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die am 1. Dezember 2016 vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Bundesteilhabegesetzes**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

5. **Beschlussfassung über eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die Misshandlung einer Frau in Hameln am 20.11.2016**

*Der Ausschuss kam überein, die Unterrichtung durch die Landesregierung bereits in der heutigen Sitzung entgegenzunehmen, und führte anschließend eine Aussprache darüber.*

6. **Kinderarmut strukturell entgegenwirken: Familienleistungen reformieren und Teilhabe sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6246](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion - empfahl er dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.*

## 7. **Unterrichtungswunsch**

*Auf Vorschlag der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich durch die Landesregierung über die Tätigkeit des Vereins beRATen e. V. im Zusammenhang mit der Familie der vollverschleierten Schülerin an einer Oberschule in Belm schriftlich unterrichten zu lassen.*